

# Correspondent

Erscheint  
Dienstag, Donnerstag,  
Sonnabend.  
Jährlich 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.  
Preis  
vierteljährlich 65 Pfennig.

## Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

43. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 28. September 1905.

№ 113.

### Bekanntmachung.

Mit dem 1. Oktober 1905 treten die auf Grund der Dresdener Generalversammlung gefassten Vorstandsbeschlüsse sowie das abgeänderte Statut in Kraft. Als wichtigste Aenderungen möchten wir hier hervorheben:

#### Zum Statut

Ist nur ein Zusatz zu § 10 beschlossen worden. Derselbe hat folgenden Wortlaut: „Für die Zeit einer Inhaftierung wird keine der ausgeführten Unterstützungen gezahlt. Die Weiterzahlung derselben kann erst dann wieder beginnen, wenn das Mitglied aus der Haft entlassen und sich erwiesen, daß das betreffende Vergehen nicht unter die Bestimmung des § 5c fällt.“

#### Zu den Vorstandsbeschlüssen:

##### a) Reiseunterstützung.

Dem Absätze 6 des § 1 ist angehängt, daß die erhöhte Unterstützung von 1,25 Mk. pro Tag den Mitgliedern der gegenseitigen Vereine erst dann zu gewähren ist, wenn von den insgesamt geforderten 75 Wochenbeiträgen in Kondition mindestens 26 Wochenbeiträge in Deutschland gezahlt sind. Auf die Mitglieder des Elsaß-Lothringischen Verbandes findet diese Bestimmung keine Anwendung.

##### b) Ortsunterstützung.

In dem Absätze 2 des § 1 ist zwischen der Bezugsdauer von 20 und 40 Wochen eine neue Stufe eingeschaltet, so daß ein Mitglied nach 500 Wochenbeiträgen die Ortsunterstützung bis zur Dauer von 30 Wochen (210 Tage) beziehen kann.

§ 2 Absatz 1 ist der letzte Satz: „Nach Ablauf dieser Zeit“ usw., gestrichen und dafür gesetzt: „Die bezogenen Tage werden bei der Dauer der Bezugsberechtigung am Orte in Anrechnung gebracht und tritt alsdann für die Mitglieder, welche zu mehr als 10 Wochen (70 Tage) Ortsunterstützung berechtigt sind, für die übrige Dauer der Bezugsberechtigung die gewöhnliche Orts- resp. Reiseunterstützung ein.“

§ 9 fällt in der alten Fassung fort. Derselbe lautet jetzt: „§ 9. Bei grober Selbstverschuldung der Arbeitslosigkeit, erwiesener Nichtbefolgung der durch diese Beschlüsse gemachten Vorschriften und auferlegten Pflichten wird die

Unterstützung je nach den Umständen bis zur Dauer von vier Wochen entzogen; bei besonders trassen Fällen jedoch, und wenn noch Beiträge bei eintretender Konditionslosigkeit im Rückstande geblieben sind, ist die Unterstützung für die ganze Dauer der jeweiligen Arbeitslosigkeit zu entziehen.“

##### c) Umzugskosten.

Absatz 4 hat folgende Fassung erhalten: „An Unterstützungen werden gewährt bei Umzügen von einem Arbeitsorte zum andern und einer Entfernung von mindestens 15 Kilometern 20 Mk., für jeden weiteren Kilometer bei bis zu 200 Wochenbeiträgen 10 Pf. mehr; bei je 50 über 200 geleisteten Wochenbeiträgen für jeden weiteren Kilometer 1 Pf. mehr, bei über 300 geleisteten Wochenbeiträgen außerdem für die zur Zahlung des Fahrgebühres verpflichteten Familienmitglieder pro Person und Kilometer 1 Pf., jedoch darf der Gesamtbetrag 100 Mk. nicht übersteigen.“

##### d) Krankenunterstützung.

§ 11 ist wie folgt umgeändert: „§ 11. Im Sterbefalle kann ein Begräbnisgeld in nachstehender Höhe gewährt werden:

bei 13 bis	50 geleisteten Wochenbeiträgen	50 Mk.
„ 51	250 „	100 „
„ 251	500 „	150 „
„ 501	750 „	200 „
„ 751	1000 „	250 „
„ 1001	1250 „	300 „
„ 1251	und mehr „	350 „

Das Begräbnisgeld wird in der Regel nur an die direkten und sich als solche ausweisenden Leibeserben gezahlt; in besonderen Fällen auch an Eltern, Geschwister und Pfleger, sofern dieselben nachweisbar sich um die Pflege und den Unterhalt des Verstorbenen verdient gemacht haben. Die Entscheidung hierüber steht dem zuständigen Gewerbevorstande und in Streitfällen endgültig dem Verbandsvorstande zu.

##### e) Invalidenunterstützung.

§ 1 Absatz 1 mit den Unterabteilungen 1, 2 und 3 ist in seiner jetzigen Fassung gestrichen und dafür gesetzt: § 1. Borgenannte Unterstützung kann gewährt werden: 1. Wenn der Beitritt innerhalb des ersten Jahres nach

beendeter Wehrzeit erfolgt nach Leistung von 250 Beiträgen;

2. wenn der Beitritt nach Ablauf eines Jahres erfolgt, nach Leistung von 475 Beiträgen;
3. wenn der Beitritt erst nach Ablauf von fünf Jahren erfolgt, nach Leistung von 700 Beiträgen.

Dem § 2 Absatz 1 ist am Schlusse angehängt: „und unterliegen während der Dauer des Bezuges dieser Unterstützung den Kontrollvorschriften für Kranke bis zu ihrer Genesung resp. bis zu ihrer durch ärztliches Attest zu beglaubigenden dauernden Erwerbsunfähigkeit.“

Bei § 5 ist ein neuer Absatz eingeschaltet. Derselbe lautet: „In der Krankenunterstützung ausgesetzte, zur Invalidenunterstützung aber noch nicht bezugsberechtigte Mitglieder haben sich mindestens halbjährlich einmal bei der betreffenden Orts- bzw. Bezirksverwaltung zu melden.“

§ 7 ist wie folgt umgeändert: „§ 7. Sobald ein Invalid aus anderweiter Beschäftigung einschließlich der staatlichen Rente ein nachweisbares Einkommen in Höhe von zwei Dritteln des tariflichen Minimums seines letzten Konditionsortes erzielt, so verringert sich die Invalidenunterstützung um die Hälfte; erreicht das Einkommen die Höhe des vollen Minimums, so fällt die Unterstützung ganz fort.“

Invaliden, welche wieder arbeitsfähig und als zahlende Mitglieder anerkannt werden, haben erst wieder sechs Wochenbeiträge zu entrichten, um Ortsunterstützung, und 26 Wochenbeiträge, um Krankenunterstützung beziehen zu können.

Berlin, 16. September 1905.

Der Verbandsvorstand.

### Bekanntmachung.

Wir ersuchen die verehrlichen Vorstände, den Termin für die Einsendung der Statistikarten über die Arbeitslosigkeit im dritten Quartale 1905: 8. Oktober, pünktlich einzuhalten, da spätere Eingänge unter keinen Umständen mehr berücksichtigt werden können. — Von Orten, in denen Arbeitslose nicht vorhanden waren, ist trotzdem die Mitgliederzahl anzugeben, um das Prozentverhältnis der Arbeitslosen zur Gesamtmitgliederzahl genau feststellen zu können.

Berlin.

Der Verbandsvorstand.

**Achtung! Bestellungen auf das IV. Quart. 1905 des Corr., Preis pro Quartal 65 Pf., wolle man im Interesse geregelter Lieferung umgehend veranlassen. — Nachlieferungen finden nicht statt.**

### Aus dem Gewerk- und Genossenschaftsleben.

(Fortsetzung aus Nr. 111.)

Wenn die Arbeiterschaft eines Berufes willens ist, wieder einen Schritt vorwärts zu tun, so ist nichts wichtiger als eine ernste, mit den wirklichen, nicht mit eingebildeten Tatsachen rechnende Selbstprüfung. Wir Buchdrucker sind vor diese Notwendigkeit gestellt und das Ergebnis dieser Bilanzziehung ist: unsere Aktien stehen bon. Wir sagen nicht: vorzüglich, obwohl ein Staatsfiskal von nunmehr über 4000000 Mk., ein Mitgliedsbeitrag von etwa 43000 dazu berechnen müßten. Die allgemeine Situation in unserm Gewerbe beharrt uns vor Ueberfreudungen. Aus verschiedenen Entschäften der Handelskammern betreffs Festsetzung einer Lehrlingshöchstzahl im Sinne unserer Lehrlingsstala haben wir erfahren, daß noch mit einer Begrenzung zu rechnen ist, die wir nicht einfach ignorieren können. Aber nicht nur im Prinzipalstager, sondern auch bei den Gehilfen finden wir diese Widerstandskräfte in einer Anzahl, mit der wir in unser Agitationsarbeit etwas mehr rechnen müssen. Die Ausstände bei F. B. Hirschfeld in Leipzig und Haun & Sohn in Reichendach i. B., die noch nicht erledigt sind, bekräftigen wohl unsere Meinung. Mißten solche Offizienstreiks nicht auf einen Dieb gewonnen sein? Bei derartigen Gelegenheiten lernen wir immer wieder, daß

unser Agitation in der Provinz und auf dem Lande einer größeren Berücksichtigung bedarf. Sorgen wir also nach Kräften dafür, daß diese „tariffreien“ Gehilfen sich verringern; die jetzt stattfindenden Bezirksversammlungen bieten ja Gelegenheit, zu erfahren, wo es im argen liegt. Ebenso notwendig ist aber auch die rechtzeitige Aufdeckung und Beseitigung von Mißständen auf der Arbeitsstätte. Wenn in der Gießerei von Hoos & Junge in Offenbach a. M. ein Gießergeselle so lange arbeitsfähliche Zumutungen der Geschäftsleitung erfüllte, dann kommt eben eines Tages der Rückschlag auch für andere. Daß wir uns auch sonst unserer Haut zu wehren haben, bewiesen die läppischen, in ihrer Wirkung aber wohl berechneten Ausfälle in der Mannheimer „Volksstimme“ und dem Karlsruher „Volksfreund“ gegen die Buchdrucker aus Anlaß von Festreden der Kollegen Döblin und Rexhäuser; natürlich können nur ehemalige Buchdrucker so das eigene Recht beschmücken. Der Vorfall in Kaiserslautern gebührt auch zu diesen unerfreulichen Erscheinungen. Eine bessere Vorsicht vor der jährliche Geschäftsbericht des Tarifamtes, zwar etwas kürzer gehalten als sonst, trotzdem aber volle Befriedigung mit dem Stande unserer Tarifsache und der Arbeit des Tarifamtes erweckend. Ueber den Dresdener Gantag ist nichts Besonderes zu sagen. Die Geschäftslage hat sich im August erheblich verschlechtert, die bis jetzt für den September vorliegenden Berichte melden eine langsam einsetzende Besserung. Daß aber die geschäftliche Stille im Hochsommer größer gewesen wäre als in den vorhergehenden Jahren, wird von keiner Seite behauptet.

Im Verlande der Buchbinder spitzen sich die Gegenstände zwischen den leitenden Personen mehr und mehr zu und die Versammlungen im Lande nehmen in lebhaften

Debatten Stellung zu dem Streite, der zwischen dem Vorliegenden Klotz auf der einen, dem Redakteur Schmidt, dem Kassierer Haujein und noch etlichen Hauptvorstandsmitgliedern auf der andern Seite ausgebrochen ist. Klotz vertritt die radikalere Richtung, ist Anhänger der Arbeitsruhe am 1. Mai, Befürworter des politischen Massenstreiks, radikaler Politiker; während Schmidt den Standpunkt strikter Gewerkschaftsneutralität verteidigt, gegen die jegige Form der Demonstration ist und den politischen Massenstreik verwirft, womit er übrigens lediglich im Sinne des trotz Jena zu Recht bestehenden Beschlusses des Kölner Gewerkschaftskongresses handelt. Wenn Arbeiter unter sich aneinander geraten, nehmen sie bekanntlich kein Blatt vor den Mund; es wird also auch bei den Buchbindern scharf geschossen. Der Verbandsauschuß hat nunmehr über den Streit im Hauptquartiere, der anscheinend auch noch auf andere Ursachen zurückzuführen ist, zu befinden. Nachdem diese Instanz gesprochen, werden wir unseren Lesern über den Ausgang der Affäre berichten. Im übrigen sind gegenwärtig an verschiedenen Orten Tarifbewegungen unserer Schwäger im Gange und in der Kartenindustrie Ankäufe zu einer kräftigen Agitation unternommen. — Der Buchbinderverband will sich ein Verbandsplakat herstellen lassen und hat, um etwas Gediegens zu erlangen, ein Preisauschreiben hierfür erlassen. Was dabei befreudend, ist die anschließliche Zulassung von Mitgliedern der Bildhauerorganisation. Die Lithographen sind auf diesem Gebiete doch mehr zu Hause, gegen die Bildhauer als solche soll natürlich damit nichts gesagt sein.

Bei den Lithographen und Steindruckern ist eingetroffen, was wir schon in der vorhergehenden Monatsübersicht als Vermutung aussprachen: die Tarifverhand-

lungen in Leipzig haben sich endgültig zerklüftet. Die Prinzipale wollten zwar in betreff der Lehrlingskafala nun entgegenkommen, aber es hatten sich so viele Differenzpunkte ergeben, daß eine Verständigung nicht mehr möglich war. Vor Anrufung des Einigungsamtes durch die Leipziger Unternehmer hatten dieselben schon einen Hilfsverein gegen Verluste durch Arbeiterbewegungen gegründet, der am 1. Juli ins Leben trat. Ohne Einwilligung von zwei Dritteln der Vereinsmitglieder dürfen den Arbeitern keine Zugeständnisse gemacht werden, die über die normalen Leipziger Arbeitsverhältnisse hinausgehen würden. Das von einem partiellen Auslande betroffene Mitglied erhält aus Vereinsmitteln für jeden freitenden Arbeiter wöchentlich 8 Mk. und für jede Arbeiterin 3 Mk., doch erfolgt bei Ausdehnung des Auslandes auf mehrere Betriebe eine prozentuale Reduktion der Entschädigungen. Wenn die Steindruckereibesitzer solche Vorkehrungen treffen, so ist der resultatlose Ausgang der Tarifverhandlungen ja nicht zu verwundern. In offenem Kampfe ist es bisher aber noch nicht gekommen. In Bayern ist ebenfalls keine Einigung über den von der Gehilfenorganisation eingereichten Tarifentwurf erzielt worden. In einer anfangs September von 52 der bedeutenderen bayerischen Firmen besetzten Konferenz in Nürnberg wurden die Gehilfenforderungen verworfen, einem allgemeinen deutschen Tarife sind die bayerischen Steindruckereibesitzer aber ebensowenig abgeneigt wie ihre Leipziger Kollegen. Ein solcher allgemeiner Tarif findet natürlich nur dann die freiwillige Zustimmung der Unternehmer, wenn er ihren Interessen weitestens entgegenkommt; das ist bei dem Rubel Kern bei derartigen Meinungen des Entgegenkommens. Ob die bayerische Gehilfenorganisation ihren Forderungen um das Mittel des Streiks Nachdruck verleihen will, ist für uns noch nicht ersichtlich. In Nürnberg haben sich 358 gegen und 224 für einen Ausstand erklärt, der somit unterbleibt.

Die **Vergarbeiter** haben, hüben wie drüben, die nötigen Anläufe getroffen, die durch das neue Berggesetz geschaffenen obligatorischen Arbeiterausschüsse mit wirklichen Vertretern der Vergarbeitschaft zu besetzen. Wegen dieser vielgenannten Gesetzesnovelle hat die „Vergarbeitszeitung“ in den letzten Wochen die schwersten Vorwürfe gegen das Zentrum erhoben, dem es schamlos Arbeiterbetrug vorwirft, verbißt mit der Verschandelung der Regierungsvorlage. Die Eisen Reichstagswahl, zu der als Zentrumskandidat bekannterweise der christliche Gewerkschaftsführer Wiesberts aufgestellt wurde und mit dem Sozialdemokrat Gesehr in die Stichwahl kommt, hat überhaupt die Geister in den beiden Vergarbeitslagern heftig auseinandergerissen lassen. Daß die so notwendige Geselbtschaften den Herren gegenüber nicht wieder ganz in die Brüche geht, dafür sorgen schon die Kohlenbarone, die jetzt wieder durch Agenten in Oesterreich-Ungarn Arbeitskräfte werden lassen, obwohl im Ruhrreviere an arbeitslosen Bergleuten kein Mangel ist.

Im Zentralverbande der **Schmiede** wird ein Extrabeitrag von wöchentlich 5 Pf. erhoben werden. Das ist auch je ein untrügliches Zeichen des „Ruhebedürfnisses“ der Gewerkschaften.

Ein eigenartiges Ereignis wird sich in den nächsten Tagen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung abspielen: der Verband der **Werftarbeiter** gedenkt am 9. Oktober seine Auflösung zu beschließen, weil er auf absehbare Zeit aktionsunfähig ist, eine Folge der Werftarbeiterausperrung in den Unterweierorten. Diese annähernd 4000 Mitglieder zählende Organisation, welche im Jahre 1896 neu gegründet wurde, weil den Werftarbeitern die Beiträge in den in Betracht kommenden Verbänden zu hoch waren, hat Mitte Juni d. J. erst eine Generalversammlung abgehalten; die auf dieser beschlossenen Maßnahmen zur Erhaltung haben sich demnach schon jetzt als völlig zwecklos herausgestellt. Sehr bemerkenswert ist die der Einberufung der Außerordentlichen Generalversammlung vom Verbandsvorstande beigegebene Begründung. Es wird nämlich dem Metallarbeiterverbande vorgeworfen, daß dieser bzw. dessen leitende Personen in den Unterweierorten den Streik der Feilschmiede deshalb nicht beendigten, weil mit der als Antwort von den Werksanführern angekündigten allgemeinen Ausperrung der Werftarbeiterverband ruiniert werden würde, was ja auch geschehen ist. Die „Metallarbeiterzeitung“ führt demgegenüber aus, daß eine solche kleine, über wenige Riesenbetriebe sich erstreckende Organisation bei einer Abwehraktion des Unternehmertums zusammenbrechen muß, weil alle ihre Mitglieder mit einem Schlage ausgeperrt werden können, was bei größeren, im ganzen Reiche ausgebreiteten Gewerkschaften nie der Fall sein könnte. Man muß gestehen, daß diese Argumentierung sehr viel für sich hat; im übrigen wird ja noch Licht in diese Sache kommen.

Die **Textilarbeiter** erleben es jetzt, daß eine kleine Gruppe ihrer Arbeitserschaft mit der freiwilligen, d. h. ohne direkten Kampf erfolgten Einführung des Zehnstundentages die behauptete Unmöglichkeit desselben glatt widerlegt. Es ist unnötig, zu sagen, daß die Textilarbeiterfabrikanten über ihre Augsburger Kollegen, die so der Arbeitserschaft in die Hände arbeiten, sehr erbot sind. Wegen des Färberstreiks in Mitteldeutschland hatte der Vorstand der Textilarbeiterorganisation eine vierwöchige Extrasteuer von 20 Pf. für die männlichen und 10 Pf. für die weiblichen Mitglieder ausgeschrieben. Dieser Sonderbeitrag kam auch dann zur Erhebung, als aus der angekündigten großen Ausperrung nichts ward. Es wurden diesmal nicht wie früher Stimmen gegen die Extrasteuer laut, die Textilarbeiter sind erfreulicherweise in puncto Opferwilligkeit andere geworden.

Auch der Verband der **Vedarbeiter** gibt durch Erhebung einer Extrasteuer von 15 Pf. den Gewerkschaftskritikern Gelegenheit, über die beklagenswerte Abschwächung des Klassenkampfstandpunktes lange Betrachtungen anzustellen.

Anfangs September hielt der 2300 Mitglieder zählende Zentralverband der **Fleischer** in Leipzig seinen dritten Verbandstag ab. Daß die Arbeiter dieses Berufes der Organisation noch sehr schwer zugänglich sind, brauchen wir unsern Lesern nicht erst zu sagen. Durch Anstellung eines zweiten Verbandsbeamten will man den Individualismus nun mehr zu Leibe gehen. Verwunderlich ist es unter solchen Umständen aber doch sehr, daß einige Delegierte sowohl in den Wänschen nach Ausgestaltung des Fachorgans wie in der Kritik über den Kölner Gewerkschaftskongress einen Radikalismus zur Schau trugen, der den Vertreter der Generalkommission veranlaßte, diesem Uebereifer gegenüber einmal die Tatsachen reden zu lassen. Auch dem geäußerten Wunsche, die Generalkommission sollte das zur Hamburger Lohnbewegung gegebene Darlehen von 3000 Mk. als Geschenk dem Fleischerverbande erlassen, mußte derselbe entschieden entgegengetreten. Gegen die „Produktion“ in Hamburg und den Leipzig-Plagwiger Konsumverein wurden einige Beschwerden laut. Die Lehrlingszuchterei ist im Fleischerergewerbe einer der schlimmsten Uebelstände. Es soll deshalb in den Monaten vor der Lehrlingsseinstellung durch Anrufe in der Tagespresse und durch Flugblätter Aufklärung über die Verhältnisse im Gewerbe verbreitet werden. Ferner soll eine Statistik erhoben und das gesammelte Material dem Bundesrat und den Handwerkskammern überwiesen werden mit dem Antrage, auf Grund des § 128 Abs. 2 der Gewerbeordnung Vorschriften über die zulässige Zahl von Lehrlingen zu erlassen. Den gesagten Protest gegen den Fleischwucher, der durch vermehrte Arbeitslosigkeit sich in dem Fleischerberufe sehr bemerkbar macht, fanden unsere Leser schon im „Corr.“ erwähnt.

Der Verband der **Zahlarbeiter** hat in der Krankenunterstützung im vergangenen Jahre 5731,60 Mk. Designt gehabt, die Unterstützungsätze sollen deshalb herabgesetzt werden.

Die Organisation der **Zigarrensortierer** konnte vor einiger Zeit ihr zwanzigjähriges Bestehen feiern. Sie wurde gegründet während eines Kampfes gegen die Lehrlingszuchterei und die Heimarbeits Einführung.

In der letzten Monatsübersicht brachten wir einige Daten aus der Streitstatistik des Verbandes der **Holzarbeiter** für das vergangene Jahr. Heute wollen wir diese vorzüglichen Arbeit noch ein gewichtiges Moment entnehmen, nämlich die Feststellung, daß auf je 100 Streikende durchschnittlich 16 Arbeitswillige und auf 100 Ausgesperrte bzw. im Abwehrstreik stehende Holzarbeiter 14 jener Jammerkerle kamen. Wie bei den Holzarbeitern, so ist es fast allenthalben. Es gibt also noch sehr viel zu tun, um jene Menschenorte zum Aussterben zu bringen.

Die Organisation der **Schneider** widerlegt ebenfalls das den Gewerkschaften in den letzten Monaten so oft vorgeworfene Ruhebedürfnis durch Erhebung einer zweimaligen Extrasteuer von je 2 Mk.

Eine Urabstimmung fand im Zentralvereine der **Hutmacher** über den Erwerb eines eignen Verbandshauses sowie über die Erhöhung des Beitrages zur Invalidenkasse statt.

Die Organisation der **Tapezierer** liefert den Beweis, daß die Gewerkschaften auch als Sanitätskommissionen zu verwenden sind. Der Vorstand forderte nämlich die Mitglieder auf, von gesundheitschädlichen Tapeten den örtlichen Leitungen eine Probe zu übergeben.

Vom 22. bis 24. August hielten die **Frisseure** in Leipzig ihren achten Verbandstag ab. Diese Organisation zählt nur 1500 Mitglieder und von diesen rechnet auch bloß ein Teil zu den vollzahlenden. Die Verhältnisse liegen in diesem Berufe ebenso traurig wie bei den Fleischern, aber wie bei diesen, so schießt auch bei den Frisseuren der Radikalismus in die Höhe. Was soll man dazu sagen, daß der Vorliegende sein Bedauern über die Behandlung der Punkte Maifeier und Generalstreik auf dem Gewerkschaftskongresse ausdrückte und die Delegierten desselben Sinnes waren, so daß auch hier ein Vertreter der Generalkommission für die sehr nötige Ernüchterung sorgen mußte. Mit der Berliner Lohnbewegung haben die Frisseure ja annehmbaren Erfolg gehabt, zu dem hat ihnen aber lediglich die Berliner Arbeitserschaft beigetragen. Die zum Ausdruck gekommene Ansicht, daß nur mit der Waffe des Boykottes Lohnkämpfe von den Frisseuren geführt werden könnten und die von den Gewerkschaftskartellen geforderte bessere Unterstützung, das alles ist Zeugnis genug, wie sehr die Frisseure auf die Hilfe der Arbeitserschaft angewiesen sind. Bei solcher Sachlage wirkt radikales Gebahren wohl doch etwas lächerlich. Für Süddeutschland soll ein besoldeter Gauvorsteher angestellt werden. Bemerkenswert wäre noch die beantragte Petition an den Bundesrat, Lehrlingen die Beschäftigung in Kasernen, Krankenhäusern und Gefängnissen zu verbieten.

Das Verbandsorgan der **Maurer**, der „Grundstein“, hat eine Auflage von 175 000 Exemplaren erreicht.

Auf einen merkwürdigen Brauch stießen wir in dem Inseratentafel des Organs der **Vanhschlarbeiter**. Bei einem Streik stehegebliebene oder während einer Bauperrre gearbeitet habende Berufsangehörigen bitten nämlich ihre Kollegen am Orte in Inseraten um Entschuldigung und versprechen Besserung. Ob diese eigenartige, so

öffentlich zur Schau getragene Bußfertigkeit wirklich ihren Zweck erfüllt?

Die **Maler** haben noch eine selbständige Zentralkrankenkasse. Die vom Organisationsvorstande unternehmen Schritte zur Auflösung und Ueberführung dieses Unterstützungsweiges in die Vereinigung der Maler sind einflusslos geblieben. Es soll dahin gewirkt werden, daß nur organisierte Berufsangehörigen in die Verwaltung der Krankenkasse gewählt werden.

Die **Glafer** müssen auf fünf Wochen eine Extrasteuer von 20 Pf. entrichten. Fällt auch unter das Skapitel von dem Ruhen auf erlungenen Lorbeeren.

Der am 1. März v. J. gegründete Zentralverband der **Abfaller** hielt seine erste Tagung in Berlin ab. Er zählt jetzt 617 Mitglieder in den drei Orten Berlin, München und Leipzig. Bemerkenswert ist, daß diese Vereinigung Organisation im Uebfall von den Lokalfisten darstellt; meistens ist der Werdegang ein umgekehrter. Für Streiks und Ausperrungen wurden in kurzer Zeit 5254 Mk. verausgabt. Auf das an 52 Gewerkschaftskartelle gerichtete Ersuchen um Unterstützung bei den ersten Organisationsarbeiten gingen nur drei Antworten ein. In der Beziehung lassen also die Kartelle noch immer genug zu wünschen übrig. Der Beitrag wurde auf 50 Pf. wöchentlich erhöht, während der Monate Dezember, Januar und Februar werden Beiträge nicht erhoben.

Die **Formstecher** hielten in Köln ihre vierte Generalversammlung ab. Die Mitgliederzahl hat sich in den letzten zwei Jahren von 293 auf 520 gehoben, das ist ein Organisationsverhältnis von 75 Proz. Dieses günstige Resultat hat vornehmlich die Einführung der Krankenunterstützung zeitigt. Der allgemeine Tarif ist bei 35 von 67 Firmen eingeführt, welche die größere Hälfte der Formstecher beschäftigen. Als wesentlichste Errungenschaft sind die Lehrlingskafala — die Lehrlingszucht soll in dieser Branche sehr traurig sein — sowie das Verbot der Heimarbeit zu betrachten. Vollständige Zufriedenheit hat natürlich auch dieser Tarif nicht auslösen können; es wird aber eine energische Agitation für seine weitere Einführung entfacht und die vorgebrachten Wünsche sollen dem Tarifausschusse bei dem Neuabschlusse des Tarifes überwiesen werden.

Auf der zweiten Generalversammlung des Zentralvereins der **Bureauangestellten** kam wieder das Gend dieses Berufes an das Tageslied. Der Delegierte von Regensburg konnte nämlich mitteilen, daß in seinem Orte 198 Berufsangehörigen weniger als 50 Mk. Monatsgehalt beziehen, die Handels- und Gewerbekammer gebe einem Maschinenschreiber sogar nur 30 Mk. In Berlin macht sich schon eine Besserung der Gehaltsverhältnisse deutlich bemerkbar, das hat die rückwärtslose Kritik im Vereinsorgane erzielt. Dasselbe soll nunmehr zweimal im Monate erscheinen. Eine in Form eines Antrages gekleidete Beschwerde, daß das Vereinsorgan keinen Artikel zur Maifeier gebracht habe, wurde abgelehnt, weil eine besondere Agitation für die Maifeier nach Lage der Dinge nicht im Organe betrieben werden könne. Der zur Einführung gelangte Rechtsschutz sowie die neuen Unterstützungsbedingungen haben, trotzdem infolge der Beitragsverhöhung erst ein Rückgang eingetreten war, die Mitgliederzahl auf 700 steigen lassen. Der Leipziger Anwaltsgehilfenverein sowie der in Leipzig domizilierende Verband der deutschen Bureauangestellten werden die Reihen noch mehr stärken. Der erstere Verein tritt endgültig bei, mit dem letzteren, obwohl noch nicht zu den modernen gewerkschaftlichen Vereinigungen zählend, wird vorerst ein Kartellverhältnis eingegangen. Dem Verbands der Krankentassenbeamten ist man nicht grün, diese Spezies von Beamten gehörten in den Zentralverein der Bureauangestellten; gegen den Anschließ des Krankentassenbeamtenverbandes an die Generalkommission soll deshalb protestiert werden. Mit der Bewegung der Privatangestellten Deutschlands nach einer staatlichen Pensionsfürsorge erklärte man sich unter Wahrung des gewerkschaftlichen Standpunktes einverstanden. Ferner wurde das seit Jahren erhobene Verlangen nach gesetzlicher Regelung der Berufsverhältnisse erneuert und der Regierung ein Tadel über die Verzögerung dieser Angelegenheit und dem Verlangen nach sonstigem gesetzlichen Schutze ausgesprochen. Die Arbeitslosenunterstützung erfuhr eine Erweiterung, neu eingeführt wurden die Kranken- und die Notfallunterstützung sowie Sterbegeld. Für Berufsangehörigen bis zu 17 Jahren wurde eine weitere Beitragsklasse (40 Pf. monatlich) eingerichtet.

Die organisierten **Eisenbahner** Sachsens und Mitteldeutschlands hielten in Leipzig eine öffentliche Landeskonferenz ab, zu der sogar Beamte in leitender Stellung eingeladen, aber nicht erschienen waren. Wenn auch die Redner und Delegierten fast durchweg gemäßigtere Eisenbahner waren, so zeigt doch dieses Herausreten an die Öffentlichkeit, daß es auch bei den unter den schwierigsten Umständen organisatorisch arbeitenden Eisenbahnern vorwärts geht.

Leider ist auch diesmal von **Abplitterungsveränden** zu berichten. In Solingen wollen die noch ziemlich zahlreich vorhandenen Lokalorganisierten (die jedoch mit den bekannten Lokalfisten nichts gemein haben) sich zu einem Industriearbeiterverbande zusammenzuschließen, dessen Spitze sich gegen den Metallarbeiterverband richten soll. Im Ruhrreviere treten dagegen polnische Gewerkschaftsbewegungen hervor. Hoffentlich kommt aber noch beizeiten die Erkenntnis der Zwecklosigkeit und Schädlichkeit solcher Zersplitterungen bei der zu kapenden Masse zum Durchbruch.

(Schluß folgt.)

## Korrespondenzen.

**Annaberg.** Der hiesige Ortsverein hielt am 16. September seine diesjährige Generalversammlung ab. Nach Begrüßung der erschienenen Mitglieder seitens des Vorsitzenden Grummt gab selbiger einen kurzen Rückblick auf das vergangene Vereinsjahr und bedauerte lebhaft, daß den Versammlungen so wenig Interesse seitens einiger Mitglieder entgegengebracht werde, wie das die heutige Versammlung wieder beweise. Hierauf erstattete der Kassierer Groschupp den Jahresbericht, welcher zu aller Zufriedenheit für richtig befunden wurde. Nachdem ging man zur Neuwahl über und wurde als Vorsitzender, da Kollege Grummt gebeten hatte, von seiner Person für diesmal gänzlich abzusehen, Kollege Alfred Lorenz und die Kollegen Ernst Delbner als Schriftführer und Bernhard Groschupp als Kassierer gewählt. Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten und Verlesung des Protokolls schloß der Vorsitzende die Versammlung. Nächsten nun im neuen Vereinsjahre die hiesigen Kollegen die Versammlungen etwas eifriger und vollzählicher besuchen!

**Berlin.** (Ein Veteran der Arbeit.) Kollege Stephan Victor aus Danzig vollendet am heutigen Tage sein siebzigstes Lebensjahr; seit 1870 in der Lessing'schen Buchdruckerei („Vossische Zeitung“) als Sezer beschäftigt, führt er dabeihalb die Geschäfte des Offizierskassierers seit nahezu dreißig Jahren mit seltener Opferfreudigkeit. Möge dem wackeren Kollegen ein langer, gesunder und, wenn es am Rasten nicht mehr geht, sorgenloser Lebensabend beschieden sein!

**Frankfurt a. M.** In der am 17. September abgehaltenen Bezirksversammlung, einberufen von Gauvorstande, wurde zuerst zweier im Bezirke verstorbener Kollegen und des Kollegen Wittschke-Beipzig in ehrenvoller Weise gedacht. Unter „Geschäftliche Mitteilungen“ legte der Gauvorstand den Bezirksmitgliedern zwei Anträge vor. Der eine verlangte, daß die Restanten bei dem hier bestehenden Obligatorium keinen „Corr.“ erhalten sollen; nach dem zweiten Antrage sollen die Kranken, welche sich gegen die Vorarbeiten verhalten, in den „Mittelungen“ des Bezirkes veröffentlicht werden. Nach Erledigung der Tagesordnung wurde über diese Anträge debattiert — wobei das Restantenunwesen scharf geißelt wurde — und dieselben angenommen. Das Zirkular Nr. 10 des Zentralvorstandes wurde verlesen und der Inhalt mit Interesse entgegengenommen. Klage wurde darüber geführt, daß die hiesigen Prinzipale ihre Arbeitskräfte vielfach anderweitig engagieren, anstatt den Arbeitsnachweise zu benutzen. Die Abrechnung vom Johannisfeste ergab einen Ueberschuß von 367,26 Mk. Hieron wurden dem Kollegen Knorr für seine zehnjährige Tätigkeit als Obmann der Vergütungskommission 20 Mk. bewilligt, während der Rest dem Fonds zur Unterstützung ungeschuldet in Not geratener Kollegen überwiesen wurde. Beim dritten Punkte der Tagesordnung: „Aufstellung von Kandidaten für die Wahl des Bezirksvorstandes“, gelang es endlich, Kollegen zu finden, welche bereit sind, die einzelnen Posten des Bezirksvorstandes zu übernehmen, nachdem der Gauvorstand die Geschäfte des Bezirkes länger wie ein Vierteljahr miterledigen mußte. Die vorgeschlagenen Kollegen wurden denn auch als Kandidaten nominiert. Der Punkt: „Verichterstattung von der Generalversammlung“, wurde von der Tagesordnung abgesetzt, da das offizielle Protokoll demnächst erscheint und an der Hand desselben dann kritisiert werden soll. Unter „Verstorbener“ wurde bekannt gegeben, daß am 28. Oktober ein Kommerz stattfindet zu Ehren der Kollegen, welche 25 Jahre dem Verbands angehören.

**Kaiserslautern.** Nochmals müssen wir den Raum des „Corr.“ in Sachen unsrer hiesigen Streitigkeiten mit dem Gewerkschaftskartell in Anspruch nehmen. Auf den Artikel in Nr. 106 des „Corr.“ schreibt die „Pfälzische Post“: „Wir bekennen uns für schuldig des uns zur Last gelegten Vergehens und bemerken bloß hierzu, daß der Einbindung nicht deshalb die Aufnahme verweigert wurde, weil sie angeht die „Wahrheit“ sagte, sondern weil sie sich in persönlichen Gehässigkeiten erging.“ Daß die Einbindung „persönliche Gehässigkeiten“ enthielt, bestreiten wir; dagegen steht das eine fest, daß sie Wahrheiten enthielt. Ein altes Sprichwort sagt: „Wer die Wahrheit sagt, wird gehent“, und dieses scheint sich an dem hiesigen Bezirksvereine zu erfüllen. Da uns nun endlich nach einhalb Monaten die „wahren“ Gründe mitgeteilt wurden (am 4. August gab man uns als Grund der Ablehnung an, daß das Kartell unserm am Schlusse des Artikels ausgeprochenen Wunsche nach einer öffentlichen Versammlung ja nachkäme, und man dann ja auf den Artikel zurückkommen könnte), warum unser Artikel in der „Pfälzischen Post“ nicht erschienen ist, so wollen wir bei dieser Gelegenheit noch anfragen, warum unsre am 5. August gefasste Resolution nur stückweise in der „Pfälzischen Post“ veröffentlicht wurde? An den Inzerat-Auftrag zur öffentlichen Gewerkschaftsversammlung war die Bedingung gebunden, daß ein Hinweis im lokalen Teile zu erfolgen hätte; warum hat man diesen nicht geradigt? Vielleicht auch wegen „persönlichen Gehässigkeiten“? Dagegen wurde in der Nummer, die unsrer Inzerat enthielt, der Resolution der Delegiertenversammlung, daß unsre Versammlung zu boykottieren sei, im lokalen Teile Aufnahme gewährt. Wenn nun die Redaktion der „Pfälzischen Post“ wissen will, mit welchen „persönlichen Gehässigkeiten“ unsere Gegner in dieser ganzen Angelegenheit gegen uns arbeiten, und was alles herhalten mußte, um die Buchdrucker bei den

organisierten Arbeitern zu verdonnern, so möge sie sich an den hiesigen Bezirksverein wenden, derselbe wird mit Material dann aufwarten. Wenn die „Pfälzische Post“ weiter schreibt, daß sie auch in Zukunft beantragte Einbindungen keine Aufnahme gewähren wird, selbst auf die Gefahr hin, daß sie wieder in Sperdruck im „Corr.“ erscheinen würde, so hätten wir aber doch geglaubt, daß sie ihren einem am 25. August erschienenen Artikel angehängten Redaktionschwanz in die Wahrheit unsetzen würde und nicht, wie es geschieht, bei den hiesigen Kartellberichten stets von neuem auf diese Angelegenheit zurückkommt, sondern wirklich damit Schluß gemacht hätte.

**Leipzig.** Am 18. September wurde bei gutem Besuche die halbjährliche Generalversammlung des Vereins der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen abgehalten. Zunächst gedachte der Vorsitzende der verstorbenen Kollegen M. Schneider und K. Manitz sowie des langjährigen und verdienstvollen Kaufmanns W. Nitsche. In üblicher Weise erörtere die Versammlung die Genannten durch Erheben von den Sätzen. Hierauf erstattete der Vorsitzende Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes seit der letzten Generalversammlung. Seit längerer Zeit sei ein überaus schlechter Geschäftsgang zu verzeichnen. Ein hoher Prozentsatz Konditionsloser sei die Folge. Aus dem Kassierenberichte ist zu entnehmen, daß trotz der hohen Ausgaben für Arbeitslose noch ein kleiner Ueberschuß zu registrieren ist. Auch ist erfreulicherweise eine Zunahme an Mitgliedern zu verzeichnen, so daß der jetzige Mitgliederstand 261 männliche und 63 weibliche beträgt. Ueber die bisherige Tätigkeit des Tarifschiedsgerichtes berichteten die Gehilfenmitglieder in eingehender Weise. Es könne gesagt werden, daß man auf beiden Seiten bestrebt sei, in objektiver, friedlicher Weise etwaige entstandene Streitigkeiten zu schlichten. Ist diese Institution in unserm Tarife und Berufe zwar noch neu, so könne man immerhin Vertrauen zu derselben haben. Die bisherigen Schiedssprüche seien zugunsten der Gehilfen ausgefallen, und hauptsächlich der eine Streitfall, bezüglich Begahlung des auf hohe Höhe gegossenen Gewichtes, habe nun in allen Gesehieren eine bestimmte Auslegung gefunden. Nach kurzer Aussprache erklärte sich die Versammlung mit der bisherigen Tätigkeit der Gehilfenmitglieder einverstanden. Auf Vorschlag des Vorstandes beschloß man, in einem größeren Lokale einen Lichtbildervortrag des Institutes Kosmos halten zu lassen, zu welchem die Angehörigen der Mitglieder eingeladen werden sollen. Das Stiftungsfest findet am 3. März 1906 in üblicher Weise in der „Grünen Schenke“ statt. Nach Besprechung einiger tariflicher Angelegenheiten erfolgte dann Schluß der halbjährlichen Generalversammlung.

**Kr. München.** (Werein bayerischer Korrektoren.) In der am 17. September abgehaltenen Versammlung hielt der Vorsitzende zunächst einen kurzen Vortrag über die Fortschritte, die der Verein in dem nunmehr abgelaufenen ersten Jahre seines Bestehens gemacht. Wenn auch nicht alle Erwartungen eingetroffen, die er bei Gründung des Vereins gesetzt, so könnten wir doch mit den Erfolgen zufrieden sein, die uns das erste Jahr gebracht habe, und mit frohem Mute in die Zukunft blicken. Da wir allein auf uns angewiesen seien, tue es doppelt not, daß wir treu zusammenstehen. Habe uns doch schon die Bewegung für die Organisation die Gewißheit gebracht, daß wir bei der nächstjährigen Tarifberatung Berücksichtigung finden; ohne die Organisation wäre dies wohl nicht der Fall. Die Zahl der Mitglieder ist von 9 bei der Gründung auf 32 gestiegen (etwa die Hälfte der bayerischen im Verbands stehenden Kollegen), und Nürnberg berechtigte zu den besten Hoffnungen, so daß wir nächstens hoffentlich die Gruppe Nürnberg in dem Vereine begrüßen könnten. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde von einer Stiftungsfest des Vereins aus materiellen Gründen abgesehen. Zum Beitritte hatte sich wieder ein hiesiger Kollege gemeldet, dessen Aufnahme einstimmig erfolgte. Aus den Eingängen von Seiten der Zentralkommission ist hervorzuheben die aufzunehmende Korrektorenstatistik als Material für die Tarifberatung. Die Besendung der Statistikkulare für den Tarifkreis Bayern wird in den nächsten Tagen erfolgen, und sind sämtliche Korrektoren ersucht, diese Formulare gewissenhaft auszufüllen. Unter „Verschiedenes“ kam der durch den Manuskript der Redaktion leider verstümmelte Bericht über die letzte Versammlung zur Sprache. Weiteres eignet sich aus gewissen Gründen, da es doch gestrichen würde, nicht zur Veröffentlichung im Verbandsorgane. (Wir haben den betreffenden Bericht nicht „verstümmelt“, sondern lediglich Verhandlungsgegenstände gestrichen, die nicht in die Sparten gehören, sondern Angelegenheiten des Verbandes sind. Das haben wir dem Vorstände des Korrektorenvereins auch schriftlich mitgeteilt, um nun trotzdem in diesem Berichte solchen Vorwürfen begegnen zu müssen. Oder hatte die Versammlung keine Kenntnis von unserm Schreiben erhalten? Red.) Durch Beschluß der Versammlung erfolgt nunmehr die Einladung zu den Versammlungen mittels Postkarten — aus Erparnisrücksichten —, und gilt dies sowohl für die hiesigen wie für die auswärtigen Mitglieder.

## Kundschau.

Konkurrenzleistungen Berliner gegen Berliner Druckereien sind von beidseitigen einer richtigeren Verteilung sicher, weil für einen Ort doch die gleichen Verhältnisse maßgebend sind. Die „Buchdruckerwoche“ hat zwecks nachdrücklicher Bekämpfung der Schleuderkonkurrenz

schon zur namenhaften Nennung von stark unterliegenden Firmen entschlossen; ein Vorgehen, das nur zu loben ist, weil die Entscheidungen des Leipziger Ehren- und Schiedsgerichtes so ziemlich wertlos sind, da die schmutzkonkurrenztreibenden Druckereien niemals genannt werden. Der erste zur Veröffentlichung gebrachte Fall ist gleich sehr bezeichnend. Für eine Wochenschrift berechnete eine Berliner Druckerei dem Auftraggeber 187,50 Mk. pro Nummer. Der Preis ging unter dem Drucke der Konkurrenz so weit herunter, daß Ehren- und Schiedsgericht hatte nämlich einen 200 Mk. nicht unerheblich übersteigenden Preis herausgerechnet. Da die tierende Druckerei moderne Einrichtung aufweisen kann, stellten sich die Selbstkosten auf nur 150 Mk. Die Druckerei Franz Weber schnappte jedoch durch das Angebot von 138 Mk., also 49 Mk. weniger, die Arbeit weg, trotzdem sie bedeutend mehr Betriebskosten wie die seitherige Druckerei dieser Wochenschrift hat. Wir bringen diesen Fall, um zu zeigen, welche Konkurrenzmanöver auch in den Großstädten vorkommen.

Da ein unheimlicher Gast, die asiatische Cholera, jetzt wieder Deutschland aufgesucht hat, sei an die verheerende Choleraepidemie in Berlin im Jahre 1831 erinnert. Während derselben erschien nämlich eine „Berliner Cholerazeitung“, die Dienstag, Donnerstag und Sonnabends früh um 8 Uhr zur Ausgabe gelangte und alle bis zum Abend vorher gemeldeten Cholerafälle benannt gab. Dieses Blatt wurde unter Mitwirkung eines Kreises von Medizinalbeamten anscheinend in amtlichem Auftrage herausgegeben und diente in erster Linie dazu, die Kenntnis und die Behandlungsweise dieser tödlichen Seuche dem großen Publikum beizubringen. Zur Beruhigung besonders ängstlicher Leute trug die „Berliner Cholerazeitung“ den Vermerk „Desinfiziert“. Im ganzen erschienen von diesem eigenartigen Presseerzeugnisse 36 Nummern. Heutzutage ist eine solche Aufklärungsmaßnahme nicht mehr nötig; die Cholera hat auch sonst an ihrem furchtbaren Charakter eingebüßt, weil die öffentliche Hygiene in den vergangenen 74 Jahren große Fortschritte gemacht hat.

Aus der Zeugniszwanghaft entlassen ist, ohne daß selbstverständlich das Amtsgericht Hanau seinen Zweck erreicht hat, der Redakteur Zielowski von der Frankfurter „Volksstimme“.

Für das Arbeitersekretariat in München wird zum 1. November ein dritter Sekretär gesucht für ein Anfangsgehalt von 2000 Mk. Die Arbeiterdurchsetzung und das bürgerliche Recht müssen von den Bewerbern vollständig beherrscht werden, weiter wird rechnerische Befähigung verlangt. Neben den üblichen Ausweisen muß als Bewerbungschrift eine kurze Abhandlung über die Aufgaben eines Arbeitersekretariates eingereicht werden, und zwar bis zum 1. Oktober an L. Biedelmann, Sendlingerstraße 20.

Die Gültigkeit einer Streikpostenverordnung ist vom Reichsgerichte zwar nicht offiziell anerkannt worden, aber diese Bochumer Polizeiverordnung ist in einer Weise ausgelegt worden, die einer Sanktionierung gleichkommt. Ein zu zehn Monaten Gefängnis verurteilter Bergarbeiter (Delikt: Veruchte Nötigung, Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung und Widerstand) wurde infolgedessen mit seiner gegen die Gültigkeit jener Verordnung gerichteten Revision abgewiesen.

Durch Drohungen zum Beitritte zwingen wollte in Basing ein Baudelegierter des Verbandes nichtgewerblicher Arbeiter (es wurde uns gegenüber die Vermutung ausgesprochen, daß diese Organisation eine christliche sei) einen als Tagelöhner an einem Kirchenneubau arbeitenden Buchbinder. Dieser weigerte sich, weil er schon im Buchbinderverbands organisiert wäre. Er wurde schließlich infolge der Drohungen der Bauhilfsarbeiter mit Arbeitseinstellung entlassen. Der angeklagte Baudelegierte erhielt wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung unter Annahme mildernder Umstände einen Monat Gefängnis.

Zur Auflösung einer Versammlung sind nach einem Kammergerichtsentscheide auch die von dem überwachenden Beamten gesprochenen Worte: „Ich schlicke die Versammlung“, ausreichend. Im preussischen Vereinsgesetz sei nicht gesagt, durch welche Worte die Auflösung einer Versammlung zu erfolgen habe.

Die veruchte Hinausweisung eines Polizeibeamten aus dem Versammlungsraume brachte dem Vorsitzenden des katholischen Arbeitervereins zu Lipina (Schl.) eine Bestrafung auf Grund der §§ 4 und 14 des preussischen Vereinsgesetzes ein. Der Vorsitzende verlangte von dem betreffenden Polizeibeamten einen Ausweis, daß er auch wirklich mit der Ueberwachung der Versammlung beauftragt sei. Eine solche Legitimierung vermochte der Abgeordnete der Polizei nicht beizubringen, erklärte aber, er werde trotzdem im Saale bleiben und die Versammlung beaufsichtigen. Alle Auforderungen sowie die Drohungen des Versammlungsleiters nützten nichts, der Beamte blieb. Das in letzter Instanz angerufene Kammergericht entschied, daß es sich um eine Verweigerung des Zutrittes im Sinne des § 14 des Vereinsgesetzes handle; zur Vorgehung einer schriftlichen Bezeichnung der Behörde, daß er mit der Ueberwachung der Versammlung beauftragt, sei der Beamte nicht verpflichtet.

Von unseren vollendeten Rechtsgaranten bekommt man an zwei Beispielen aus Köln wieder einen netten Begriff. Ein Hausknecht hatte auf seiner Invalidentarte die Angabe seines Standes ausradelt und durch den vornehmer klingenden Titel Kellner erpöht. Für diese Torheit wurde der Mann — in Untersuchungshaft ge-



# Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Beilage zu Nr. 113. — Donnerstag den 28. September 1905.

## Die englischen Trades-Unions unter besonderer Berücksichtigung der Buchdruckerverbände.

(Vortrag, gehalten am 11. August 1905 von P. Währe-London in einer Versammlung des Leipziger Gauvereins.)

(Fortsetzung.)

Die ungefähre Anzahl der in diesen Betrieben beschäftigten Personen beträgt 5 000 000 (4 000 000 entfallen auf Fabriken und 700 000 auf Werkstätten).

Unter solchen Verhältnissen ist es gewiß verständlich, daß England zurückgeht und auf dem Weltmarkt nicht mehr die dominierende Stellung einnimmt wie ehemals. Wie Sie alle wissen, ist bei den Gewerkschaften seit einigen Jahren „Leben in die Wade“ gekommen, wie man so sagt. Sie haben eingesehen, daß es so nicht weiter gehen kann. Es setzte deshalb eine frische Agitation ein, die bezweckte, in erster Linie ein neues Gesetz einzubringen, daß in Zukunft derartige Urteile, wie im Taff-Bale-Prozess usw., unmöglich machte. Nun, Kollegen, die Entwicklung und das tragische Ende dieses neuen Gesetzes ist Ihnen sicherlich allen bekannt. Am 24. Mai wurde dasselbe im Parlament zurückgezogen, weil es eben in der ihm gegebenen Fassung für die Arbeiter unannehmbar geworden war. Bei der jetzigen Zusammenkunft des Parlamentes ist auch absolut keine Aussicht auf Besserung. Bei der Wahlurne werden die englischen Arbeiter das nächste Mal einzulegen haben, um das ledende Schiff wieder festlich zu machen. Ein weiterer Faktor von großer Wichtigkeit ist die mangelhafte Pflege der Kollegialität und die absolut unzureichende Arbeiter- resp. Gewerkschaftspresse. Viele große Organisationen haben es noch nicht dazu gebracht, ein eigenes Organ zu besitzen, darunter auch die Londoner Sepergesellschaft. Da wird doch wohl ein jeder zugeben müssen, daß die Engländer ein wenig zu lange auf den Lorbeeren ausgeruht haben. Gerade eigne Zeitungen sind die besten Agitationsmittel; dort taucht man seine Gedanken und Erfahrungen aus über das, was uns not tut, und behält somit die notwendige Frühlung, ohne die heute keine Erfolge mehr errungen werden können.

Das verfloffene Jahr ist ganz besonders unruhig für die Gewerkschaften verlaufen, da dieselben durch das projektirte neue Gewerkschaftsgesetz, durch die diversen Prozesse und letzten durch das Arbeitslosengesetz immerfort in Aufregung gehalten wurden. Die Arbeitslosigkeit im laufenden Jahre war außergewöhnlich groß, so daß in vielen Distrikten und von diversen Zeitungen Hilfsfonds organisiert wurden, um der großen Not einigermaßen zu steuern.

In diesem Sommer fanden ferner aufsehenerregende Aufzüge von Arbeitslosen nach der britischen Zentrale statt, die ihre Anliegen im Parlamente vorzubringen beabsichtigten. Wenn die englischen Arbeiter glaubten, durch solche Prozesse bei der Regierung Eindruck zu erzielen, so hatten sie sich ganz gründlich verrechnet. Ueber den Zug der Routhings Armeeschwärmer sind Sie wohl alle durch den „Corr.“ unterrichtet.

In der zweiten Juniwoche sind dann noch die Leicester Arbeitslosen in einer Anzahl von 500 Mann nach der Metropole gezogen, trotzdem von allen Seiten auf sie Eingebungen wurde, dies nutzlose Beginnen zu unterlassen. In London angekommen, erjudten sie den König um eine Audienz, was natürlich abschlägig beschieden wurde. Anstatt bei dieser Sache durch Sammlungen etwas herauszuschlagen, schloß dieser Marsch mit einem Defizit von 800 Mk. ab. Am 9. Juli waren von der Föderation der Gewerkschaften und dem Arbeitervertretungsomitee in allen größeren Städten Englands Protestversammlungen arrangiert, um gegen die Regierung wegen ihres Verhaltens zum Gewerkschaftsgesetz zu demonstrieren. Die Londoner Demonstration, welche wie üblich im Hyde-Park stattfand, verregnete total, denn gerade als der Zug dortselbst anlangte, kam es herunter vom Himmel, als ob die Welt untergehen wollte. Aus den beabsichtigten Reden wurde daher nichts. Anstatt dessen wurden nur die Resolutionen verlesen und unter Donnern und Blitzen angenommen. Als letzte der Professionen nach den gefestigten Fällen von Westminster sei noch die der arbeitslosen Frauen erwähnt, die am 18. Juli stattfand und insofern von Erfolg gekrönt war, als der Premierminister sich auf Ersuchen bereit erklärte, eine Deputation der Frauen zu empfangen. Dem schwachen Geschlechte gegenüber hielt man eine Abweisung also nicht für ratsam, denn wenn die desparat werden, ist nichts mit ihnen anzufangen! Der Premierminister versprach, alles, was in seinen Kräften stünde, zu tun; natürlich nur, um die aufgeregten Frauen zu beruhigen. Jetzt wird er seine guten Vorsätze wahrscheinlich längst vergessen haben.

Die Annahme des Arbeitslosengesetzes in dieser Session ist ebenfalls ausgeschlossen, denn auf eine diesbezügliche Anfrage des Abgeordneten Keir Gardie erklärte der Premier-

minister, daß er in dieser Hinsicht keine Versprechungen geben könne. Keir Gardie, in gerechter Entrüstung, antwortete darauf, daß dann jedenfalls Revolutionen im Lande entstehen würden, wenn dies Jahr nichts für die Arbeitslosen getan würde. Diese Erklärung wurde von der rechten Seite des Hauses mit den Rufen Ho! Ho! aufgenommen, worauf der schottische Arbeiterführer die Herren als gut gemähtes Vieh titulierte, das kein Verständnis für die Bedürfnisse der Arbeiter hätte.

Nun, Kollegen, aus allen diesem haben Sie ersehen, daß die englischen Gewerkschaften nicht auf Rosen gebettet sind, sondern schweren Zeiten entgegengehen. Der Indifferentismus in ihren Reihen hat sich schwer gerächt, und sie müssen alles aufbieten, um dem Anstrome eines reaktionären Unternehmertums zu widerstehen, und um schließlich als Sieger aus dem ihnen aufgezwungenen Kampfe hervorzugehen. Mögen die daraus zu ziehenden Lehren auch auf andere Nationen eine heilsame Wirkung auszuüben nicht verfehlen. —

Nachdem Sie nunmehr einen Ueberblick über die englischen Trades-Unions im allgemeinen erhalten, wird es Sie sicherlich noch mehr interessieren, etwas Näheres über unsere Bruderverbände zu erfahren, denn wie so oft kommt es vor, daß der eine oder andre von uns sein Glück im Auslande versuchen will, ohne in irgend einer Weise über die Verhältnisse orientiert zu sein. Diejenigen aber, die gebeten, dem stolzen Albion demnächst einen Besuch abzustatten, sollten ganz besonders aufmerksam sein, damit etwas davon hängen bleibt, das ihnen vielleicht manches Unangenehme ersparen kann.

Im ganzen bestehen 26 graphische Gewerkschaften im vereinigten Königreiche, von denen die 17 größten mit 52 415 Mitgliedern zwecks besserer Vertretung ihrer gemeinsamen Interessen föderiert sind. London repräsentiert allein etwa zwei Fünftel des gesamten graphischen Gewerbes Großbritanniens. Vom gesamten Handel Englands werden sogar drei Fünftel in London abgeschlossen. Man kann deshalb in dieser Hinsicht England ruhig in zwei Teile zerlegen, nämlich in London und das übrige Land. Hierauf bilden sich natürlich die Londoner nicht wenig ein. Jedenfalls ist es eine Tatsache, daß London in allen Beziehungen tonangebend ist. Wenn der Provinzler nach der Stadt will, so meint er natürlich London, denn sie ist nach landläufigen Begriffen die Stadt par excellence! Dieser Dünkel ist auch auf die Londoner Organisationen übergegangen; dieselben machen nämlich noch stark in Eigenbrödel und wollen von einer Versämelung mit Provinzverbänden nichts wissen. Es ist überhaupt ein großer Nachteil für das gewerkschaftliche Gedeihen, daß der Hang zur Dezentralisation noch so stark in England ausgeprägt ist. Anstatt daß die verwandten Berufe in einer Organisation vereinigt sein sollten, haben die Londoner Seper, die Maschinenmeister, die Korrektoren, kurzum fast jede Sparte ihre eigene Organisation, was selbstredend bei Bewegungen von größtem Nachteil für die Arbeiter sein muß. Besonders in unserm Gewerbe äußert sich dies fortwährend in unangenehmer Weise, da gerade die Berufe der Seper und Drucker zu sehr ineinander greifen; dieselben gehören eben von Natur aus zusammen, denn der eine kommt ohne den andern nicht aus.

Dieses Gebondbenmarfchieren der verwandten Berufe sowohl von London als auch der Provinz ist aber keineswegs zum Vorteile der Londoner ausgefallen und auf die Dauer unhaltbar. Hier muß entschieden reformierend eingegriffen werden. Es ist zur Evidenz erwiesen, daß die Großstadt ohne die Mitwirkung der Provinz ebenso wenig existieren kann wie die Provinz ohne die Großstadt. Das eine ohne das andere wird, muß und ist im angelegenen Falle auf eine schiefle Ebene geraten. In folgendem sei dies kurz erläutert. Die Londoner Sepergesellschaft hat sich, wie bekannt, mit aller Entschiedenheit gegen die Einführung des Dualsystems für Sepermaschinen in irgend einer Form erklärt, während es in der Typographical Association zulässig ist. Als Hauptgrund führten die Prinzipale an, daß es sich in kleineren Provinzdruckereien nicht immer so einrichten ließe, für einen Maschinenseper permanent zu tun zu haben. Deshalb müsse es ihnen gestattet werden, denselben in der freien Zeit am Kasten zu beschäftigen. Diese betreffenden Paragraphen der beiden Gewerkschaften stehen also im Widerspruch zueinander, was sicher hätte vermieden werden können, wenn Frühlung zwischen den beiden Organisationen bestanden hätte, oder was noch besser gewesen wäre, wenn sie miteinander verschmolzen wären. Mit dem Londoner Maschinenmeisterverbande geht es ähnlich so. Des öfteren kollidierte er mit der Typographical Association, dem größten englischen Buchdruckerverbande, der sich auch über Wales erstreckt und im Gegenständigkeitsverhältnis mit dem schottischen Verbände steht. Diese Gewerkschaft wurde im Jahre 1849 gegründet und zählt zurzeit etwa 18 000 Mitglieder. Die Zentrale befindet sich in Manchester, woselbst auch die einmal im Monat erscheinende Zeitung oder das „Circular“, wie es offiziell genannt wird, gedruckt wird. In der Typographical Association sind die Seper

und Drucker gemeinsam organisiert. Wenn wir nun das Statut dieses Verbandes ansehen, so fällt uns zunächst auf, daß man den Lehrlingen eine siebenjährige Lehrzeit vorschreibt. Im Anfange des sechsten Lehrjahres ist denselben aber schon der Eintritt zum Verbands gestattet, allerdings nur unter Zahlung des halben Beitrages. Der Beitrag beträgt durchschnittlich 7 d (56 Pf.), jedoch bestehen auch nebenbei noch diverse Lokal- und Druckereikassen, aus denen Zuschüsse oder sonstige Ausgaben geleistet werden. Zu Beginn des letzten Jahres ist der Lehrling sogar berechtigt, den vollen Beitrag zu entrichten und tritt am Ende seiner Lehrzeit gleich in die vollen Rechte eines Mitgliedes ein. Die Leitung des Verbandes liegt in den Händen der Exekutive, einer Körperschaft, die aus dreizehn Mitgliedern besteht. Fünf derselben müssen aus dem Orte sein, wo die Exekutive ihren Sitz hat und bilden so eine Art Zentralvorstand. Von diesen fünf muß wiederum einer Maschinenmeister sein. England ist in sechs Gaue eingeteilt, Irland und Wales repräsentieren je einen Gau. Die Exekutive wird jährlich neu gewählt. Die Unterstützungsleistungen der Typographical Association erstrecken sich auf Arbeitslosenunterstützung, Streikunterstützung, Invalidenunterstützung und Unterstützung bei Sterbefällen. Wir vermissen also die Krankenunterstützung ganz und gar. Die Zwecke und Ziele sind seit einigen Jahren noch auf eigene Vertretung im Parlamente gerichtet, wie auf die Vertretung in lokalen Körperschaften, um auf die Vergabung von Druckaufträgen einwirken zu können.

Es ist nun im Rahmen eines Referates nicht möglich, auf alle Paragraphen des Statuts einzugehen; wir wollen daher nur die wichtigsten herausgreifen.

Die Führung der Verbandsgeschäfte liegt hauptsächlich in den Händen des Generalsekretärs, der eine vielgeplagte Persönlichkeit ist. Er steht unter der Direktion der Exekutive und muß die Bücher führen, Korrespondenz erledigen, Protokolle bei den Sitzungen aufnehmen, alle halbe Jahre einen Geschäftsbericht schreiben und last but not least: das Organ des Verbandes redigieren. Für diese Arbeit erhält er 4000 Mk. pro Jahr. Da er eine solche Kleinarbeit unmöglich allein erledigen kann, so wird ihm ein Hilfssekretär unterstellt, der ein Gehalt von 3800 Mk. pro Jahr bekommt. Der Generalsekretär ist also so zu sagen die Seele der Organisation und von ihm hängt ungemein viel ab. Das eine ist jedoch zweifellos klar, daß es unbedingt ein grober Fehler ist, auch die Redaktion der Verbandszeitung in seine Hände zu legen. Die Ausgestaltung derselben läßt natürlich recht viel zu wünschen übrig. Dem „Corr.“ z. B. kann absolut keine englische Gewerkschaftszeitung im entferntesten das Wasser reichen. Anstatt immer zu kritisieren an der Redaktionsführung, Kollegen, sollten wir stolz sein, ein Organ zu besitzen, das dreimal in der Woche und dabei interessant und fast ganz original erscheint. Da können wir uns etwas darauf einbilden! Unser englisches Brudergesetz erscheint monatlich nur einmal in durchschnittlich zwanzig Seiten Quart. Das entspricht also ungefähr drei Nummern des „Corr.“. Dabei bietet es an Vielseitigkeit lange nicht das, was wir mit Recht erwarten und gewohnt sind. Anstatt sich damit zu befassen, wie die Organisation gestärkt und ausgestaltet werden kann, füllt man die Spalten mit Korrespondenzen und verliert sich in Kleinigkeiten, die die Gesamtheit nicht interessieren. In der Juninummer, die ich gerade herausgegriffen, nimmt die Beschreibung über ein Essen, das nach einer Konferenz der südwestlichen Branchen in Swansea stattfand, genau einhalb Spalten ein. Von Manchester wird berichtet, daß am 14. September ein Wettschwimmen stattfinden wird, woselbst die Amateurreisewerkschaft für das Druckgewerbe zum Austrag gelangen soll. Die Distanz ist 250 Yards und drei Kreise kommen zur Verteilung. Wenn das Experiment sich bewährt, soll es jährlich stattfinden. Nun, Kollegen, da muß man sich aber doch an den Kopf schlagen und fragen: „wachen oder schlafen wir?“ Dies ist aber nicht etwa eine Ausnahme, sondern die Regel. Wenn die Herren Engländer das als den Gipfel ihrer Leistungsfähigkeit betrachten, wenn das das Ideal eines Gewerkschaftsblattes darstellen soll, dann können sie nur ruhig noch einmal in die Schule gehen, und zwar in die Volksschule des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.\*

Die Arbeitszeit darf 54 Stunden nicht übersteigen, sie beträgt in vielen Städten aber weniger. In Liverpool, Blackburn, Burnley, Chester usw. 52 Stunden, in andern bloß 51 Stunden. Am günstigsten stehen die schottischen Städte Aberdeen, Dundee, Glasgow, Greenock, Kirkcaldy und Paisley, die 50 stündige Arbeitszeit erlauben haben. Der Minimumlohn ist 28 sh und bewegt sich in aufsteigender Richtung bis 36 sh 6 d = 37 Mk. für Liverpool. Das Minimum für Edinburgh ist 32 sh 6 d, Glasgow 34 sh, Sheffield 35 sh, Leeds 35 sh 6 d.

\* Als ein Beispiel englischer Unfähigkeit mag noch nachträglich festgenommen sein, daß der Vortragende anlässlich des Ablebens unfrüher Gätel eine kurze Biographie an das engliche sowohl als auch das schottische Brudergesetz richtete. Das letztere hat den Bericht in gedruckter Sprache wieder, während das erstere denselben einfach ignorierte!

